Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5227

04. 07. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3601 –

Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung
„Vorrang für Beschäftigung“

b) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/3724 –

c) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Rainder Steenblock, Andrea Fischer (Berlin), Kristin Heyne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3714 –

d) zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/3736 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3601 –

Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung
„Vorrang für Beschäftigung“

A. Problem

Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands.

Die aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1996 durch die Bundesregierung gezogenen Konsequenzen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands werden in den Entschließungsanträgen als nicht sachgerecht beurteilt. Insbesondere das im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht vorgelegte „Aktionsprogramm für Innovationen und Arbeitsplätze" wird als unzureichend und nicht geeignet angesehen, die Lage zu verbessern.

B. Lösung

Einvernehmliche Kenntnisnahme der Unterrichtung und Ablehnung der Entschließungsanträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 13/3724 und 13/3714 – sowie der Gruppe der PDS – Drucksache 13/3736.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/3601 – die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/3724, 13/3714 und 13/3736 – abzulehnen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Margareta Wolf (Frankfurt)**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Margareta Wolf (Frankfurt)

I.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/3601 –, der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3724 – und der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/3736 – wurden in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3714 – wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

a) Die mitberatenden Ausschüsse haben empfohlen, die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/3601 – zur Kenntnis zu nehmen.

b) Entschließungsantrag Drucksache 13/3724

Der Finanzausschuß empfahl dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft in seiner Sitzung vom 6. März 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, die Ablehnung der Vorlage.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau schlug dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft in seiner Sitzung vom 17. April 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung empfahl in seiner Sitzung am 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Abgeordneten der Gruppe der PDS, die Ablehnung des Entschließungsantrags.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus empfahl in seiner Sitzung am 13. März 1996 die Ablehnung des Entschließungsantrags. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Gruppe der PDS, gefaßt.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 13. März 1996 beraten. Er empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, die Ablehnung der Vorlage.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 28. Februar 1996 den Entschließungsantrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Enthaltung der Gruppe der PDS dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

c) Entschließungsantrag Drucksache 13/3714

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, die Ablehnung der Vorlage.

Der Ausschuß für Verkehr empfahl dem federführenden Ausschuß in seiner Sitzung vom 12. Juni 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abwesenheit der Gruppe der PDS, dem Plenum die Ablehnung des Entschließungsantrages vorzuschlagen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. April 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, Ablehnung empfohlen.

d) Entschließungsantrag Drucksache 13/3736

Der Finanzausschuß empfahl dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft in seiner Sitzung vom

6. März 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung der Vorlage.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau schlug dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft in seiner Sitzung vom 17. April 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Gruppe der PDS vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung empfahl in seiner Sitzung am 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, die Ablehnung des Entschließungsantrags.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus empfahl in seiner Sitzung am 13. März 1996 die Ablehnung des Entschließungsantrags. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS, gefaßt.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 13. März 1996 beraten. Er empfahl mit den Stimmen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der PDS, bei Enthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 28. Februar 1996 den Entschließungsantrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimme der Gruppe der PDS, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

III.

Der Jahreswirtschaftsbericht 1996 wurde durch die Bundesregierung gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vorgelegt.

Im Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Jahreswirtschaftsbericht 1996 wird insbesondere eine ökologische Steuerreform zum 1. Juni 1996 gefordert, um die Lohnnebenkosten zu senken und marktwirtschaftliche Anreize für neue Technologien bei Umweltschutz und Energieeinsparung zu schaffen.

In dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jahreswirtschaftsbericht wird eine Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, ein Sofortprogramm zum Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform aufzulegen und dabei eine Energiebesteuerung einzuführen.

Im Entschließungsantrag der Gruppe der PDS soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen ordnungspolitischen Rahmen zu setzen, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und einen ökologischen Wandel in der Wirtschaft einzuleiten. Dies soll durch eine Reihe von Fördermaßnahmen, Programmen und steuerlichen Maßnahmen erreicht werden.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung und die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 beraten.

Der Ausschuß beschloß einvernehmlich, die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/3601 – zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3724 – abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3714 – abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/3736 – abzulehnen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Margareta Wolf (Frankfurt)
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333